

*Dalberg, Dirk Mathias: Die nichtpolitische Politik. Eine tschechische Strategie und Politikvorstellung (1890-1940).*

ibidem-Verlag, Stuttgart 2013. 442 S., ISBN-13 978-3-8382-0471-0.

Dirk Mathias Dalbergs nun im Druck erschienene Dissertation will – so der Klappentext – dem „tschechischen Konzept der nichtpolitischen Politik“ nachspüren. Bewusst grenzt sie sich daher bereits im Titel von der bisher geläufigen deutschen Übersetzung „unpolitische Politik“ ab. „Nichtpolitische Politik“ sei im tschechischen Raum älter als die „Antipolitik“, die seit Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem in mitteleuropäischen Dissidentenkreisen zur Parole wurde. Zu diesem Zweck untersucht der Autor die tschechische Geschichte für die Jahre von 1890 bis 1940, die er durch zwei traditionelle, aber deswegen nicht falsche Zäsuren 1918 und 1938 in drei Phasen gliedert. An die quellengestützte, historische Analyse dieser Phasen schließt ein viertes, rein analytisches Kapitel an.

Dalberg stützt sich auf eine fest definierte Anzahl veröffentlichter Materialien (vor allem Zeitschriften), die er mit einer Auswahl schwerpunktmäßig untersuchter Autoren verknüpft. In Verbindung mit dem gewählten Zeitraum schafft er sich so ein streng begrenztes Forschungsfeld, das er im Verlauf der Arbeit mit bewundernswerter Intensität bearbeitet.

Der Leser kann aus dieser Arbeit Gewinn ziehen und dazulernen, wenn er einige definitivische Prämissen vorbehaltlos akzeptiert. Denn auch wenn Dalberg eingangs eine Art historische Diskursanalyse ankündigt (S. 14-16) und eine „semantische Beweisführung“ (S. 361) geliefert haben will, leistet er das streng genommen nicht, da er sich etwa für die Bedeutungsgrenzen oder auch den Wandel der untersuchten Begriffe kaum interessiert. Stattdessen folgt er einem a priori gesetztem Konzept von „nichtpolitischer Politik“ durch die Zeiten, das immer wieder durch starre typologische Verweise eingerahmt wird. Er analysiert folglich nicht das Sagbare, sondern das Gesagte. Wer dem folgt, der liest eine sehr dicht argumentierende und detailreiche Arbeit zur Geschichte der tschechischen politischen Ideen.

Dalberg identifiziert die Konzeption der „nichtpolitischen Politik“ vollständig mit der Gruppe der sogenannten „Realisten“ (S. 13), einer – wie er selbst anmerkt –

sehr heterogenen Gruppe, die sich in erster Linie durch ihren Bezug zu ihrem unumstrittenen Anführer, T. G. Masaryk, definierte. Hier zeigt sich die Stärke der Dalbergschen statischen Definition „nichtpolitischer Politik“: Es gelingt ihm überzeugend, deren Protagonisten in den unterschiedlichen Zeiträumen ebenso wie deren Publikationsorgane auszutauschen, ohne allerdings Willkür walten zu lassen oder das zugrundeliegende Konzept aus den Augen zu verlieren. Dalberg bleibt zwar oft bis zur völligen Identifikation eng an seinen Quellen. Durch seine vielen kleinen Belege gelingt ihm aber ein schon quantitativ beeindruckender Nachweis dafür, dass die „nichtpolitische Politik“ im untersuchten Zeitraum Geltung beanspruchen konnte.

Präformiert durch diese konzeptionelle Vorentscheidung, erscheint der Verlauf der drei Phasen jeweils verblüffend redundant. Ob in der Monarchie, der Ersten Republik oder in der Zeit nach München: Die Realisten zeichneten sich durch eine bemerkenswerte geistige Beharrungskraft aus. Grundlegend war immer die Vorstellung einer gesellschaftlichen Krise, die sowohl äußerlichen wie inneren Charakter hatte. Daneben stand ein nationaler, tschechischer Identitätsdiskurs, der beständig zwischen Bestätigung durch die konkrete Praxis und seiner welthistorischen Aufgabe schwankte. Schlüsselbegriff für diese Haltung wurde das Konzept der sich durch Arbeit und Bildung auszeichnenden „Kleinarbeit“ (*drobná práce*) sowie das Mantra, die realen, konkreten Verhältnisse beachten zu müssen. Nur so könne eine „kleine Nation“ sich bewahren.

Unter diesem Banner zogen die Realisten zu jeder Zeit gegen die vermeintliche politische Oberflächlichkeit der anderen Parteien (und auch der jeweiligen Institutionen) ins Feld. Der „Politik“ setzten sie Arbeit und Bildung als wahre oder eben: „nichtpolitische“ Politik entgegen. Dalberg gelangen hier immer wieder aufschlussreiche Beobachtungen: So wandelte sich die negative Vorstellung von Politik begrifflich von „Hoher Politik“ vor 1918 zu „politischer Politik“ in den beiden folgenden Phasen. Unverständlich ist aber, warum der Autor diese Erkenntnis nicht in die Analyse einbaut, sondern in einer Fußnote verschwinden lässt. Schließlich ließe sich genau an diesem Begriffswandel die Frage ansetzen, welche Aktivitäten als „nichtpolitische Politik“ galten und welche nicht, womit die Verschiebung politischer Geltungsansprüche nachgezeichnet werden könnte.

Die stark typologische Herangehensweise stößt immer dann an ihre Grenzen, wenn Dalberg den ideengeschichtlichen Raum politischer Debatten hinter sich lässt und beispielsweise das politische System der Ersten Republik bewertet (S. 151-153), das holzschnittartig zum parlamentarischen System mit einem herausragenden Präsidenten erklärt wird, wiederum ohne auf den Wandel in den Machtbeziehungen zwischen Parlament und Präsidialamt einzugehen.

Einleuchtender ist der Versuch, die Institutionalisierung der „Kleinarbeit“ in den Bildungseinrichtungen der Ersten Republik zu beschreiben (S. 201-205). Obwohl er den Nachweis eines tatsächlichen institutionellen und personellen Zusammenhangs zwischen realistischem Bildungsideal und institutioneller Praxis der Volksbildung nicht führt, zeigt Dalberg plausibel den zumindest ideellen Zusammenhang zwischen der Expansion der Volksbildung in der Zeit der Ersten Republik und den immer wiederkehrenden realistischen Forderungen danach.

Überhaupt ist der Abschnitt zur zweiten Phase, „Um die Erhaltung der Republik 1918-1938“ betitelt, der interessanteste des Buches. Hier brachen die Widersprüche der realistischen Forderungen am klarsten auf. Ob in der Frage der Bildung oder der Frage nach dem Wirken von Parteien und Parlament, der eigene Staat schien die Realisten vor Deutungsprobleme zu stellen. Im Kern bewahrte man sich ein sehr ambivalentes Verhältnis zu großer Politik und Staat, auf die man zwar Einfluss nehmen wollte (Passivität war schließlich eine weitere Todsünde im Katechismus der Realisten), denen man aber nie vollständig vertraute. Stattdessen setzte man auf einen Innerlichkeitsdiskurs, der zunächst die Menschen verbessern sollte, die die demokratischen Institutionen ausfüllten. Obwohl Dalberg diesen Schluss zwar nicht explizit zieht, zeigt er doch, dass die Realisten unter „unpolitischer Politik“ keinen klaren Begriff für eine pluralistische Gesellschaft fanden. Im Weg stand ihnen eine geschichtsphilosophisch fundierte Verknüpfung von Demokratie und nationaler Identität (S. 170), die stets auf das Ganze zielte und trotz aller Beschwörungen der Konkretheit und der Praxis keinen Raum für das Einzelne, Partikulare fand.

Dazu passt der paradoxe Befund, dass man die gesellschaftliche Krise nach 1918 als akuter empfand als zuvor (S. 220), schließlich ging es nun nur noch darum, Erreichtes zu bewahren, nicht mehr um neue positive Ziele (S. 236). Folgerichtig sahen sich einige Realisten nach dem Münchner Abkommen auf ganzer Linie bestätigt. So entsteht das Bild eines Realismus, dessen Stärke nur in der Reaktion auf das bestehende System lag und der sich in einer diffus kritisch-loyalen Opposition zu diesem am wohlsten fühlte. Der Arbeit im Parlament setzte man noch in der Monarchie weniger Vorbehalte entgegen (S. 105) als in den Jahren der Ersten Republik.

Es ist das Verdienst Dalbergs, dass seine Darstellung diesen Schluss zulässt, obwohl er selbst zu einem gegenteiligen Befund gelangt: Der den Realisten vorgeworfene Eklektizismus, etwa in der Bildung, sei positiv als „pragmatisches Schwanken“ zu sehen (S. 300-301).

Man kann viele diesem zuwiderlaufende Belege finden. Schon die realistischen Protagonisten waren sich in den wenigsten Dingen einig. Die Aktivitäten von Masaryk und Beneš, beide Führungsfiguren der Realisten nach 1918, beschränkten sich sicher nicht auf bildungsintensive Kleinarbeit. Auch klärt Dalberg an keiner Stelle, ob der Realismus und die Vertreter einer „nichtpolitischen Politik“ identisch waren. Ausgerechnet Karel Kramář wird im Verbund mit František Drtina und Masaryk als Beleg für eine realistische Programmatik bis 1914 angeführt (S. 77). Hier fällt die fehlende Kontextualisierung des realistischen Diskurses im weiteren, tschechisch-nationalen schmerzhaft auf. Dass mindestens bis 1900 um die Deutungshoheit des Begriffs „Realismus“ ein erbitterter Kampf zwischen Masaryk und Kramář tobte, kann Dalbergs Konzept, das nur nach dem Inhalt, nicht aber der diskursiven Form „nichtpolitischer Politik“ fragt, kaum erfassen.

Man kann aber auch die Stärke dieser Arbeit sehen: In wahrer „Kleinarbeit“ wirken die vielen und scheinbar redundanten Belege, die Dalberg anführt, am Ende doch sehr überzeugend. „Nichtpolitische Politik“ mag man vielleicht anders als der Autor verstehen, als Konzept ignorieren lässt sie sich aber auch nicht.